

Der Landrat verwies auf die nachgereichte Vorlage der Verwaltung und verlas den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Abg. Skoda sagte, aufgrund des umfangreichen Antrages, wonach 14 Stellen zu besetzen seien, beantrage er die Vorlage zunächst zur weiteren Beratung in die entsprechenden Fachausschüsse (Finanzausschuss und Personalausschuss) zu verweisen. Zudem habe er die Vorlage der Verwaltung erst am Freitag erhalten.

Abg. Dr. Lamberty bemerkte, er habe die Sitzungsvorlage mit der Post nicht erhalten. Der Landrat teilte hierzu mit, der Versand der Unterlagen sei bereits am Mittwoch vergangener Woche erfolgt.

Abg. Dr. Bieber führte aus, ein Abwarten bedeute, dass das Investitionsvolumen in Millionenhöhe weitergeschoben werde und sich die Problematik der Bauvorhaben vergrößere. Die Sanierung der Berufskollegs sei brandschutztechnisch notwendig. Das Georg-Kerschensteiner Berufskolleg in Troisdorf stehe demnach noch bevor. Hierbei gehe es um eine Investition in Höhe einer zweistelligen Millionensumme. Darüber hinaus gebe es weitere Maßnahmen, die in der Projektierung seien.

So sei man der Auffassung, dass hinsichtlich der Investitionen in den Neubau der Rettungswachen in Bornheim, Ruppichteroth und Much diese Gebäude schnellstmöglich errichtet werden müssten, um eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Darüber hinaus lasse die Brandschutzsanierung im Berufskolleg in Troisdorf kein Abwarten zu. Weiter bemerkte Abg. Dr. Bieber, dass man im Hinblick auf die Personalgewinnung insbesondere im Bereich des Ingenieurwesens mehrfach ausschreiben müsse, um qualifiziertes Personal zu bekommen. Das müsse zeitnah erfolgen.

Die Vorlage der Verwaltung zeige eindrucksvoll, in welchem Umfang der Kreis bisher bauliche Maßnahmen durchführe. Die Koalition von CDU und GRÜNE stehe auf dem Standpunkt, dass man dafür Sorge tragen müsse, dass Bauprojekte nicht vor sich hergeschoben, sondern umgesetzt würden. Aufgrund dessen habe man jetzt den Antrag zur Sitzung des Kreisausschusses und des Kreistages gestellt.

Abg. Dr. Bieber gab darüber hinaus zu bedenken, dass die Baupreise Jahr für Jahr zwischen 3 % und 5 % anstiegen. Ein weiteres Abwarten hätte eine Kostensteigerung zur Folge und es werde noch schwieriger, Personal zu erhalten.

Abg. Dr. Lamberty sagte, die Verwaltung habe zurecht auf die Personalproblematik hingewiesen. Er fragte, ob neben dem Versuch zusätzliche Planstellen zu schaffen auch die Möglichkeit geprüft worden sei, externe Dienstleister zu beauftragen, um Zeit zu gewinnen.

Frau Udelhoven antwortete, bereits jetzt würden bei den laufenden Projekten Planungsleistungen an externe Architektur- und Ingenieurbüros vergeben. Allerdings zeige die Erfahrung, dass die Abstimmungsprozesse mit den beauftragten Fachplanern von Bauherrenseite intensiv begleitet werden müssen. Für jedes Bauvorhaben müsse ausreichend eigenes Personal vorgehalten werden, um die Umsetzung der vielfältigen Bauherren- und Nutzervorgaben sicher zu stellen. Ebenfalls habe man im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben des JHZ Eitorf ursprünglich beabsichtigt, einen Generalunternehmer mit der Durchführung des Bauvorhabens zu beauftragen, um Erkenntnisse darüber zu gewinnen, ob dies eine Erleichterung für die Gebäudewirtschaft mit sich bringen würde. Dies sei jedoch aus vergaberechtlicher Sicht nicht möglich gewesen.

Abg. Scharnhorst sagte, die Erfahrung aus dem Bau- und Vergabeausschuss zeige, dass die dringende Notwendigkeit einer personellen Ergänzung im entsprechenden Fachamt gegeben sei. Seine Fraktion sei ebenfalls der Ansicht, dem Beschlussvorschlag zu folgen.

Abg. Steiner sagte, es sei eine große Herausforderung die vorgesehenen Bauvorhaben in einem vernünftigen Zeitplan zu realisieren. Das verdeutliche, dass mehr Personal benötigt werde. Ob geeignetes Personal zu diesen Konditionen gefunden werde, werde der Personalmarkt zeigen. Die Erfahrungen in den Kommunen zeige, dass das Personalangebot des Marktes besser sei als erwartet.

Dann ließ der Landrat über den Antrag des Abg. Skoda auf Verweis des Antrages der Kreistagsfraktionen CDU/GRÜNE zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse abstimmen.

Dann verlas der Landrat den Beschlussvorschlag der Verwaltung und lies hierüber abstimmen.